

Postulat Fraktion GB/JA! (Karin Gasser/Stéphanie Penher, GB): Auszeichnung für nachhaltige Wohnprojekte

Wohnprojekte, die den Kriterien der Nachhaltigkeit entsprechen, sind wichtige Pfeiler einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Solche Wohnprojekte sind ökologisch und wirtschaftlich tragfähig, verfolgen soziale Ziele und sie werden partizipativ durch die Bewohnerschaft gestaltet und getragen. Nachhaltiges Wohnen wird individuellen Ansprüchen gerecht, ohne die gesellschaftliche Verantwortung zu vernachlässigen.

Als Kriterien für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung können beispielsweise gelten: die Reduktion des Flächenverbrauches, die Landschaftspflege, die Reduktion des Verkehrsaufwandes, die Einsparung von Ressourcen (Wasser, Baumaterialien usw.), die Abfallvermeidung, die Erhaltung der Luftqualität, die Beachtung sozialer Belange, die Stärkung lokaler Wirtschaftsstrukturen (Leitbild des Aktionsprogramms „Nachhaltige Siedlungsentwicklung“ des Niedersächsischen Ministeriums für Frauen, Arbeit und Soziales, 1998). Neben ökologischen und wirtschaftlichen Aspekten ist auch die soziale Ebene als Eckpfeiler der Nachhaltigkeit von Bedeutung. Nachhaltige Wohnprojekte zeichnen sich deshalb auch dadurch aus, dass sie soziale Grundsätze festlegen. So hat beispielsweise das genossenschaftliche Projekt Kraftwerk 1 in Zürich einen Solidaritätsfonds eingerichtet, der auch Menschen mit finanziellen Schwierigkeiten ermöglichen soll, in der Siedlung zu leben. Auch der Gedanke der Partizipation, der Mitgestaltung durch die BewohnerInnen, ist eine zentrale Leitidee der Nachhaltigkeit. Leider wird in der Schweiz noch viel zu oft geplant, gebaut und saniert, ohne die Leitlinien der Nachhaltigkeit zur Grundlage zu nehmen. Kurzfristiges wirtschaftliches Renditedenken steht häufig im Vordergrund, so dass innovative und langfristig tragfähige Wohnbauprojekte zu wenig gefördert werden. Jenen Personen und Wohnbauträgern, die gerne solche Projekte verwirklichen würden, fehlen Vorzeigeprojekte. Mit der Idee, nachhaltige Wohnprojekte vermehrt an die Öffentlichkeit zu tragen, schlagen wir vor, dass die Stadt Bern einen „Preis für nachhaltiges Wohnen“ verleiht.

Wir bitten den Gemeinderat,

1. Vor dem Hintergrund der zentralen Leitideen der Nachhaltigkeit ein Konzept für die Verleihung eines Berner Preises für nachhaltige Wohnprojekte zu erarbeiten.
2. Die Verleihung einer solchen Auszeichnung gemeinsam mit Fachpersonen und Institutionen aus Privatwirtschaft und Verwaltung, aus Wohnbaugenossenschaften und anderen Wohnbauträgern öffentlichkeitswirksam umzusetzen.

Bern, 29. November 2007

Postulat Fraktion GB/JA! (Karin Gasser/Stéphanie Penher, GB), Anne Wegmüller, Franziska Schnyder, Lea Bill, Natalie Imboden, Hasim Sancar, Urs Frieden, Cristina Anliker-Mansour

Antwort des Gemeinderats

Die Stadt Bern benötigt für eine nachhaltige Stadtentwicklung unterschiedlichste Wohnraumangebote für verschiedenste Bedürfnisse und Lebenssituationen. Wirtschaftliche, soziale und ökologische Faktoren spielen bei jedem einzelnen Bauvorhaben je nach Standort, Zielgruppe und Finanzierungsart unterschiedlich mit. Um den langfristigen Erfolg einer Wohnbebauung sicher zu stellen, ist das ausgewogene Verhältnis dieser Parameter von grosser Bedeutung.

Das Postulat beabsichtigt, mit einer Auszeichnung für nachhaltige Wohnprojekte verstärkt auf „best practices“ innerhalb der Stadt Bern hinzuweisen und durch diese Publizität Inspirations- und Informationsquellen für weitere Vorhaben aufzuzeigen sowie vermehrt Wohnungsanbietende in diese Richtung anzuspornen.

„Tue Gutes und sprich darüber“. Der Gemeinderat kann sich im Grundsatz dieser Haltung anschliessen, da ihm die Qualität und Nachhaltigkeit von Wohnobjekten ebenfalls sehr wichtig ist. Der Gemeinderat ist bereit, die Inhalte des Postulats zu prüfen. Hierbei wird der Nutzen für die Stadt zu untersuchen sein, aber auch die Frage, ob die angestrebten Ziele nicht durch bereits vorhandene Auszeichnungen und Öffentlichkeitsauftritte mit ähnlichen Zielsetzungen anderer Organisationen abgedeckt werden können.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 30. April 2008

Der Gemeinderat